



Horst Hohmann

Enteignungen

Der 21. April ist Feiertag in Brasilien, weil am 21. April 1792 der Volksheld Tiradentes öffentlich hingerichtet wurde. Tiradentes und seine in Rio und in den Bergbau-Regionen des Bundesstaates Minas Gerais agierenden Kämpfer hatten Steuerbefreiung (lachhafte 10 Prozent gingen damals an Vater Staat!) und die Unabhängigkeit von Portugal gefordert. Wie immer in solchen Fällen, wenn jemand plötzlich um hübsche Einkommen und sonstige Privilegien bangen muss, machten die Kolonialherren mit den Aufständischen kurzen Prozess. Sie nahmen ihnen das Leben und praktizierten damit ein Verbrechen, das bis auf den heutigen Tag als die radikalste Form der Enteignung gilt und von den Enteignern selbst meist zynisch so gerechtfertigt wird, dass ja „irgendwann mal Ruhe sein musste“ und man im übrigen den Vorteil der alten Henkersmaxime nicht von der Hand weisen könne: „Mausetot frisst kein Brot“!

Würde Tiradentes, den man vor genau 225 Jahren um einen Kopf kürzer machte, posthum erfahren, wieviel Steuern die seit 1822 unabhängigen Brasilianer heutzutage entrichten müssen (allein von unserer letzte Woche bezahlten Telefonrechnung über 258 Reais kassiert der Staat 75 Reais Mehrwertsteuer!) ohne deswegen auf die Barrikaden zu gehen, würde ihn vermutlich schiere Verzweiflung packen! Staunen würde der „Märtyrer der Nation“ auf jeden Fall, wie pünktlich dem braven Bürger 2017 der Steuerbescheid und alle anderen dicken Rechnungen der Kommune ins Haus flattern, und wie friedlich es doch letztlich bei dieser ganzen legalisierten Plünderung unserer Konten zugeht, welche ja im Grunde einer Enteignung schon deshalb sehr nahe kommt, weil wir jedes Jahr knapp über vier Monate nur für den Fiskus arbeiten!

Letzte Woche fiel mir durch Zufall ein Internet-Ausdruck vom Januar in die Hände, auf dem u.a. erläutert wird, dass der „Kalender“ früher ein von der Obrigkeit vorgelegtes Verzeichnis war, in dem genau drin stand, wann welche Steuern und wann welche Rückzahlungen von Krediten fällig waren.

Schuldenerlasse waren nicht vorgesehen. Es wurde unbarmherzig „eingetrieben und enteignet“ – oder aber brutal abgestraft! Als im frühen 14. Jahrhundert zum Beispiel viele europäische Städte gegen die päpstliche Steuerpolitik protestierten, wurden sie mit dem Kirchenbann belegt. Die Gläubigen der Stadt Frankfurt am Main mussten seinerzeit für sage und schreibe 28 Jahre ohne eine Messe, ohne Sakramente und ohne Weihwasser auskommen. All das hatte man ihnen genommen. Auf all das hatten sie plötzlich keinen Anspruch mehr. Nicht einmal sterben durften sie „versehen mit den Tröstungen der Kirche“. Über die offenen und versteckten Absichten von Enteignungsmaßnahmen sowie über die Art, wie sie gerechtfertigt und durchgeführt werden, will ich heute nur am Rande sprechen. Umso ausführlicher soll dagegen von den durchweg fatalen Folgen solcher Eingriffe die Rede sein. Von den Auswirkungen, die sie auf Einzelpersonen und auf Kollektive haben, d.h. auf deren Befindlichkeiten: auf ihr Selbstbewusstsein und ihr Rollenverständnis, auf ihren Seelenzustand und ihre Gemütsverfassung, auf ihre Gefühlswelt und ihr Rechtsempfinden, auf ihre Urteilskraft und ihre Widerstandsfähigkeit.

Selbst kleinkalibrige Enteignungen, zu denen ich auf keinen Fall die oben genannten kirchlichen Entzugsverordnungen rechnen würde, welche die Frankfurter Christen vor 600 Jahren wie ein Donnerschlag trafen, gehen den Betroffenen mitunter gewaltig aufs Nervenkostüm. Zu den typischen „Geringfügigkeiten“ auf der schier endlosen Liste von Verstößen gehören beispielsweise, wenn dir ein Nachbar die schöne Aussicht verbaut, wenn uns ein Massentierhalter mit seiner fast täglich ausgebrachten Gülle die saubere Luft verpestet oder wenn dich lärmender Verkehr um deine gewohnte Ruhe und deinen verdienten Schlaf bringt.

Augen, Nase und Ohren, d.h. unsere wichtigsten Sinne reagieren empfindlich auf solche Eingriffe, und nicht selten beobachten wir dann bei den Opfern gereizte Stimmung, blasse

Gesichter und bisweilen sogar deutliche Symptome von Verfolgungswahn, weil sie natürlich finden, dass es inmitten all dieser Vergehen gegen die gutnachbarschaftlichen Beziehungen ja auch mal die anderen hätte treffen können („Warum immer nur mich?“).

Aus meinem Heimatdorf und aus einer Reihe anderer Orte der Republik, in denen ich wohnte, habe ich die ganzen absonderlichen Kleinkriege noch immer vor Augen, welche die gerade erwähnten Mini-Enteignungen auslösten – Beschimpfungen und Schikanen über den Gartenzaun hinweg, endloses Prozessieren, zorniger Abschied vom früher so ausgiebig gepflegten „sozialen Leben“ im Dorf oder im Stadtviertel.

Das harte Los der Millionen und Abermillionen von Menschen, die jedes Jahr irgendwo auf unserem Globus durch großkalibrige Enteignungsmaßnahmen um ihr gesamtes Hab und Gut gebracht werden, verbietet es geradezu, unangemessen lang über den Entzug der „schönen Aussicht“ zu lamentieren.

Drei Eintragungen aus meinem brasilianischen Tagebuch, mögen verdeutlichen, wie nach „Kollektivierungen“ sehr unterschiedlicher Art für die Betroffenen schon sehr bald „Welten zusammenbrachen“.

Emilia Kubernovicz, die in der kleinen, von ukrainischen Siedlern im Süden des Bundesstaates Paraná gegründeten Kolonie Tijuco Preto aufwuchs und 2012 mit 87 Jahren verstarb, erzählte mir ausführlich von dem seit nunmehr drei Generationen in jenem Dorf überlieferten „abgrundtiefen Hass auf die Russen, die unter Stalin Anfang der 1930-er Jahre Zigtausende von ukrainischen Bauern und deren Familien zwangsenteignet, wenigstens 3,5 Millionen Ukrainer in den Hungertod und über 4 Millionen in die Verbannung getrieben hatten“.

Die gelernte Krankenschwester und Mutter von vier Kindern fügte hinzu: „Wenn die Leute, die vor dem 2. Weltkrieg aus der Ukraine nach Tijuco Preto gekommen waren, schilderten, wie ihnen die Bolschewiken ins Gesicht gespuckt, ihnen wie den Hunden ein paar Knochen zum Abnagen hingeworfen und sie auch sonst auf jede nur erdenkliche Weise gedemütigt hatten, da spielte es keine Rolle mehr, dass der Tatort 12.000 Kilometer von uns entfernt war. Da liefen uns Schülern die Tränen über die Wangen, als ob das alles gestern und draußen auf den Straßen unseres Dorfes stattgefunden hätte.“

Sandra Hernandez, deren Namen ich aus Sicherheitsgründen ändere, ist eine der 11.400 kubanischen Ärzte, die während der vergangenen vier Jahre im Rahmen des von der ehemaligen Präsidentin Dilma Rousseff ins Leben gerufenen Programms „Mais Médicos – Mehr Ärzte“ nach Brasilien kamen. Sie arbeitet in einer der 34 indianischen Schutzzonen des Landes und bat mich ausdrücklich, auch den Namen ihres Einsatzortes auf keinen Fall zu nennen. „Unsere kubanische Regierung hat uns Ärzte auf eine riesige internationale Einsatzbrigade reduziert“, sagt sie. „Nach unseren individuellen Rechten fragt niemand mehr. Die hat man uns genommen. Unsere Regierung steckt grundsätzlich zwei Drittel unserer Gehälter ein. Das bringt bei 31.000 kubanischen Ärzten, die in knapp über 60 Ländern arbeiten, pro Jahr 5 Milliarden US-Dollar oder mit anderen Worten 7 Prozent unseres Bruttonationaleinkommens.“

Die Kubanerin macht keinen Hehl daraus, dass es ein unbeschreiblich entwürdigendes Gefühl sei, wenn man einem Staatsapparat total ausgeliefert sei und nicht mehr selbst entscheiden könne, wie man sich als freier Bürger zuhause oder auch sonstwo in der Welt einbringt.

„Schockierend finde ich vor allem, dass sich die Gewerkschaften und die hiesige Regierung lautlos und heuchlerisch an unserer Versklavung beteiligen und es zulassen, dass du Tag für Tag deinen Dienst ohne arbeitsrechtliche Absicherung antrittst und dir schließlich von den derzeit 11.250 Reais Grundgehalt nur knapp 3.000 ausgezahlt werden,“ stellt Sandra Hernandez traurig fest. „Mit Lohngerechtigkeit hat es dann wohl auch wenig zu tun, wenn die aus Kuba mit uns eingereisten Aufpasser der Regierung fast das Doppelte verdienen wie wir Ärzte. Reklamieren? Darfst du nicht. Sonst haben sie dich und deine Familie gleich am Wickel.“

Bento Rodrigues (58) wohnt mit seiner 7-köpfigen Familie in dem Weiler Paquiçamba in der sogenannten „Großen Schleife“ des Amazonasnebenflusses Xingú. Seit der Unterzeichnung des Konzessionsvertrages für den Bau des Kraftwerkes „Belo Monte“ am 26. August 2010 durch den damaligen Präsidenten Luis Ignacio Lula da Silva, hat sich das Leben des Fischers und engagierten Mitglieds der katholischen Indianerschutzorganisation CIMI dramatisch

verändert. „Ich habe von kleinauf von meinen Eltern gelernt“, sagt er, „dass man als anständiger Bürger und guter Christ immer bereit sein muss, fürs Gemeinwohl auch mal Opfer zu bringen. Was wir jedoch mit der Installation des drittgrößten Kraftwerkes der Welt hier im Xingú-Becken erleben – wie man die Fischer, die Töpfer und besonders die über 300 indigenen Volksgruppen unserer Region zwangsenteignete und ihrer tradierten Lebensgrundlagen beraubte, ist skandalös und unmenschlich.“

Der Fischer erinnert daran, dass Präsident Lula noch drei Jahre vor Baubeginn hoch und heilig versprochen habe, dass alle notwendigen Schritte immer in Rücksprache mit den Flussanrainern besprochen würden. „Man hat sich einen Dreck um unsere Meinung gekümmert und uns zusammen mit unserem hochverehrten Bischof Erwin Kräutler in Altamira ein ums andere Mal vertröstend hinters Licht geführt“, geißelt Bento Rodrigues die perfide Art, wie die Regierung, die Bauherren und die Betreiber des gigantischen Kraftwerkes die Rechte von unmittelbar betroffenen 9.000 Familien und von mindestens 70.000 weiteren Bewohnern der Region, die durch den Bau in Mitleidenschaft gezogen wurden, regelrecht mit Füßen getreten hätten.

Mein Gesprächspartner berichtet u.a., dass weder die Betreiber noch die Regierung an einer sachgemäßen Rechtsberatung der enteigneten Familien interessiert seien. Es werde vielmehr alles getan, die Betroffenen mit möglichst niedrigen Geldbeträgen abzufinden bzw. ihr Recht auf Entschädigung systematisch in Frage zu stellen.

Das geschehe überall dort, wo man die direkt am Flussufer wohnenden und vom Fischfang und kleinbäuerlicher Feldwirtschaft lebenden Familien nur für eines von den zwei Häusern, die sie traditionell haben – das sogenannte „Unterhaus“, direkt am Fluss, oder das „Oberhaus“, auf dem höheren Rand der Uferböschung, entschädigen. Sichtbarer Ausdruck der Verachtung für diese Menschen und für ihre naturverbundene Lebensweise, so der Fischer, seien Umsiedlerviertel wie zum Beispiel „Pedral“ am Stadtrand von Altamira, wo winzige, mit billigstem Baumaterial errichtete Einfamilienhäuschen, in denen man wegen der Enge keine Besucher empfangen könne, wie an der Schnur gezogen aneinander gereiht seien. Einer der dortigen Bewohner, so Bento Rodrigues, habe unlängst die Situation auf einen treffenden, kurzen Nenner gebracht und gesagt: „Sie haben uns aus dem Paradies vertrieben und uns in dieses riesige Gefängnis gesteckt.“

Er selbst und die anderen Flussanrainer in der „Großen Schleife“, die früher mit ihren vielen Stromschnellen und Wasserfällen zu den schönsten Abschnitten des Rio Xingú gehört hätten, könnten sich glücklich schätzen, wenn sie in den Genuss einer Geldentschädigung irgendwo zwischen miserablen 5.000 und 12.000 Reais oder umgerechnet 1.300 und 3.000 Euro kämen. Denn über die rund 100 Kilometer lange Krümmung, welche erst nach Süden und dann wieder nach Norden führe, sei der Xingú inzwischen zu einem Rinnsal geworden - ungeeignet für den Fischfang und ungeeignet als Transportweg, um Obst und Feldfrüchte nach Altamira oder in einen der sonstigen größeren Marktflecken zu bringen.

Bento Rodrigues betont zum Schluss unseres Gespräches, dass er für den Rest seines Lebens Bischof Kräutler danken werde, weil er immer und immer wieder vor der infamen Behauptung gewarnt habe, Belo Monte sei auf ausdrücklichen Wunsch des lieben Gottes gebaut worden.

Mit dem Fischer vom Rio Xingú, der vom erniedrigenden „Kreuzweg der Enteignung“ ein zornig Lied auf den Lippen hat, können wir nur inständig hoffen, dass die von kirchlichen Amtsträgern mit großer Regelmäßigkeit durchgeführten Zwangsenteignungen wenigstens nicht mehr ganz so oft mit dem blasphemischen Etikett „Gottgewollt“ versehen werden:

- Wenn man Laien auf der Kanzel und in wichtigen Entscheidungsgremien das Wort entzieht.
- Wenn man im Zuge sogenannter „Umstrukturierungsmaßnahmen“ Menschen massenweise ihre geistige Heimat nimmt.
- Wenn man den Mitgliedern der Würzburger Synode (1971-1975) oder der Passauer Pastoralynode (1997-2000) das von ihnen mühsam erarbeitete Instrumentarium für eine künftige Glaubenspraxis aus der Hand schlägt und ohne Begründung in den Papierkorb befördert und ihnen so den „Pass“ entzieht, mit dem sie sich stolz hätten ausweisen und zu neuen Ufern aufmachen können.